

**SCHRIFTLICHE INFORMATION gemäß § 6 EU-InfoG  
zu Top 1 der Tagesordnung des  
EU-Ausschusses des Bundesrates am 9.10.2019**

**1. Bezeichnung des Dokuments**

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 573/2014/EU über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (COM(2019) 620 final).

**2. Inhalt und Ziel der Vorlage**

Die Zusammenarbeit der PES (öffentliche Arbeitsverwaltungen) im Rahmen des PES-Netzwerkes soll bis 2027 verlängert werden. Das Netzwerk gibt es seit 2014 und wurde nach jetziger Rechtslage bis Ende 2020 eingerichtet. Der vorhandene Rahmen des Netzwerkes soll bestehen bleiben – der Vorschlag enthält sonst keine wesentlichen Änderungen für das Netzwerk.

**3. Hinweise auf Mitwirkungsrechte des Nationalrates und Bundesrates**

Mitwirkungsrechte bestehen gemäß Art. 23e ff B-VG.

**4. Auswirkungen auf die Republik Österreich einschließlich eines allfälligen Bedürfnisses nach innerstaatlicher Durchführung**

Das Arbeitsmarktservice, das derzeit durch das Vorstandsmitglied Dr. Johannes Kopf dem PES-Netzwerk vorsitzt, würde bis 2027 die Mitwirkung Österreichs am PES-Netzwerk sicherstellen.

**5. Position des zuständigen Bundesministers samt kurzer Begründung**

Das Sozialministerium begrüßt die Verlängerung der bisher erfolgreichen Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen im Rahmen des PES-Netzwerkes.

**6. Angaben zur Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität**

Aus Sicht des BMASGK entspricht der Vorschlag den Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität. Der Austausch der öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EU-Mitgliedstaaten setzt das Handeln auf europäischer Ebene voraus. Die Laufzeit der Maßnahme (des Netzwerkes) ist bis Ende 2027 begrenzt.

**7. Stand der Verhandlungen inklusive Zeitplan**

Es fand bisher eine Ratsarbeitsgruppe am 23.09.2019 statt, bei der von den Mitgliedstaaten allgemeine und breite Unterstützung zum Vorschlag geäußert wurden. Einige Detailfragen weniger Mitgliedstaaten blieben offen und werden nach jetzigem Stand in zumindest einer weiteren Ratsarbeitsgruppe geklärt. Der Termin dafür steht noch nicht fest, es wird aber mit einem Termin in den nächsten Wochen gerechnet.